

Sehr geehrter Damen und Herren,

David Hildner hat uns gestern auf 7 Minuten Redezeit pro Fraktion eingeschworen. Ich will mich daher kurzfassen und verzichte auf allgemeine Statements über die Lage der Nation und über Tübingen im Besonderen. Dennoch bedanke ich mich herzlich bei meinen Kolleg:innen aus dem Gemeinderat, dem super engagierten Jugendgemeinderat und dem Integrationsrat für die gute Kooperation während der Verhandlungen. Mein ganz besonderer Dank geht an Asli Kücük, die uns gezeigt hat, wie Moderation geht und die durch ihre respektvolle Art sicherlich einen wichtigen Beitrag zum guten Ergebnis geleistet hat. Tausend Dank auch an Frau Günthner und ihr Team für die Bereitschaft, sich hier so intensiv einzubringen.

So und nun zu den Inhalten:

Ich fang mit der Kultur an – um drei Dinge ging es hier besonders:

Zum einen wollen wir, dass das Baufeld auf dem Europaplatz bis zur eigentlichen Bebauung in ein paar Jahren kreativ genutzt werden kann. Dafür muss es baulich hergerichtet werden, 250 000 EUR haben wir dafür eingestellt. Wir könnten uns z.B. eine kleine Bühne vorstellen, die dann von Theater- oder Musikgruppen von Jugendlichen oder Senior:innen informell und spontan genutzt werden kann. Wir glauben, dass es genug kreative Köpfe in unserer Stadt gibt, die gerne auf ein solches Angebot zurückgreifen.

Wir haben uns nach einigem Zögern dem Antrag der SPD angeschlossen, den Zuschuss für das Zimmertheater dauerhaft von 600 000 EUR auf 1 Mill. zu erhöhen. Es geht vor allem darum, dass das Theater Tariflöhne bezahlen kann, was in diesem Bereich immer noch nicht viel Geld ist. Wenn ich mir meine alten HH-Reden anschau, dann hatte ich im Kapitel Kultur jedes Jahr eine Erhöhung des Zuschusses für das Zimmertheater drin. Das ist auf Dauer keine Lösung, die Intendanten brauchen Planungssicherheit. Ich gehe jetzt aber davon aus, dass das ITZ mit dem Geld auskommt. Dann kann dieses Kapitel in meiner nächsten HH-Rede wegfallen.

Und ich nehme das jetzt auch mal zur Kultur: Die AL/Grüne Fraktion hat sich dafür eingesetzt, dass die Außengastronomie erst einmal auf Corona-Größe erhalten bleibt und dass die Gebühren dafür auch dieses Jahr noch einmal entfallen.

Nun zu den gesellschaftspolitischen und sozialen Themen:

In Bereich Jugendhilfe haben wir für den Lernort Berghof gemeinsam mit fast allen Fraktionen 45 000 EUR eingestellt, damit dieses Angebot weitergeführt werden kann. Es behandelt ganz in unserem Sinne die Themen Klimaschutz, Artenerhalt und gesunde Ernährung. Außerdem werden Kinder dort in Krisen pädagogisch betreut, das Angebot ist auch bei Schulen sehr nachgefragt.

Die Corona-Pandemie ist zwar vorbei, aber es sind noch nicht alle Wunden verheilt. Vor allem Familien mit kleinen Kindern und mit Jugendlichen waren in dieser Zeit einem enormen Stress ausgesetzt. Dieser hält noch an und wird in die Schulen getragen. Deshalb stocken wir die Schulsozialarbeit für die Grundschulen durch einen Zuschuss von 30 000 EUR an einen freien Träger auf.

Wir schaffen außerdem eine ½ Springer-Sekretariatsstelle als Vertretungsreserve in den kleinen Schulen.

Wir konnten uns leider mit unserem Vorschlag zum Ausbau der Männer- und Jugenarbeit nicht durchsetzen. Wir sehen hier ein deutliches Defizit. Junge Männer sind in ihrer Freizeit oft orientierungslos. Sie sind anfälliger als junge Frauen für die Themen Gewalt und Drogen. Es gibt hier aus unserer Sicht zu wenig sozialpädagogische Angebote. Wir werden an dem Thema dranbleiben, einen Bericht fordern, was hier schon alles geschieht und dann eventuell über den nächsten HH nachsteuern.

Wir haben – wie andere Fraktionen auch – einen Antrag zur Unterstützung von move-on eingebracht, ein Akteur, der Geflüchtete berät. Wir wissen, dass die Mitarbeiter:innen enorm viel Zeit aufwenden müssen, um Themen wie Arbeitsbescheinigungen, etc. mit dem Ausländeramt zu klären. Diese Zeit fehlt bei der individuellen Betreuung der Klient:innen. Wir haben uns daher der Schaffung von einer neuen Stelle im Ausländeramt angeschlossen. Eine Stelle hatte ja schon die

Verwaltung geschaffen. Wir hoffen sehr, dass sie auch tatsächlich besetzt werden können.

Da wir dieses große Problem bei der Fachkräftegewinnung in allen Bereichen der Stadtverwaltung sehen, hatten wir eine Koordinationsstelle für eine Task Force zur Gewinnung von Mitarbeitenden gefordert. Diese Stelle sollte mit externen Agenturen zusammenarbeiten, die von diesem Thema - der Ansprache von zukünftigen Mitarbeiter:innen -, etwas verstehen. Erstaunlicherweise konnten wir uns damit nicht durchsetzen. Es wird jetzt eine Stelle mit einem ähnlichen Aufgabenzuschnitt im FB 5 Bildung und Betreuung geben. Das ist ein Trost, aber das löst natürlich nicht das Problem des Fachkräftemangels bei der KST oder in der Bauverwaltung. Das ist aus unserer Sicht bedauerlich.

Auf unseren Antrag hin wurden zwei Teilzeit PIA-Stellen geschaffen. Wir hoffen, dass wir dadurch eine neue Gruppe von Personen gewinnen können, die sich für eine solche Ausbildung interessiert, die aber vielleicht aus familiären Gründen nur Teilzeit arbeiten kann.

Und noch einmal zum Thema Fachkräftemangel:

Eine Sache, die uns sehr wichtig war und von der wir die anderen Fraktionen überzeugen konnten, war die Anzahl der Ausbildungsstellen in der Zentralen IT zu verdoppeln. Es sollen jetzt jedes Jahr zwei Personen ausgebildet werden. Denn eine kontinuierliche Ausbildung ist ein wichtiger Beitrag gegen den Fachkräftemangel. Als Stadt tragen wir hier auch eine Verantwortung.

Ebenso wird auf unsere Initiative hin eine Stelle im Bereich E-Governance geschaffen.

Nun zu den Themen Ökologie, Verkehr und Klimaschutz.

Ich sage es ehrlich, ich bin nicht begeistert von dem, was bei den dreitägigen Koalitionsverhandlungen auf Bundesebene herausgekommen ist. Ich glaube nicht, dass das nur in Ansätzen reicht, um unsere CO2 Ziele zu erreichen und um unserer Verantwortung für die nachfolgenden Generationen gerecht zu werden. Die Klimakrise ist das große Problem unserer Zeit. Wenn wir das nicht in den Griff bekommen, verschärfen sich mittelfristig viele andere Probleme.

Im Gegensatz zu unseren Partnern im Bund sind wir der Meinung, dass gerade der Verkehrssektor seinen Beitrag zum Klimaschutz leisten muss. Deshalb haben wir – wie fast alle anderen Fraktionen auch – für eine Absenkung des 49 EUR Tickets auf 39 EUR votiert. Wir sind nicht gleich auf 29 EUR gegangen, sondern haben einen Sperrvermerk vorgeschlagen, denn wir wollten sicherstellen, dass wir negative Mitnahmeeffekte zu Lasten des städtischen Haushalts und zu Gunsten anderer Zuschussgeber vermeiden. Wir hätten gerne ein paar Monate beobachtet was passiert, um unser städtisches Geld möglichst effizient einzusetzen und wären dann gegebenenfalls von 39 EUR auf 29 EUR runtergegangen. Nun haben wir uns alle zusammen auf 34 EUR geeinigt. Auch gut.

Wir haben hart für ein kostenloses Deutschlandticket für die städtischen Mitarbeiter:innen gekämpft, als Maßnahme zur Bindung an die Stadt Tübingen, natürlich aber auch als Beitrag zum Klimaschutz. Wir haben uns dann aber überzeugen lassen, dass ein kostenloses Ticket vielleicht zu viele Mitnahmeeffekte erzeugt. Deshalb haben wir das Deutschlandticket jetzt für Mitarbeiter:innen der Stadtverwaltung und der Töchter auf 14 EUR reduziert. Das ist aus unserer Sicht ein tolles Angebot.

Ebenso wie das Deutschlandticket für 15 EUR für Bonuscardbesitzer:innen.

Ende Juli wird die Radstation eröffnet. Wir haben 10 000 EUR für eine Eröffnungsaktion eingestellt, damit die Station und das inklusiv betriebene Café bekannter werden. Auf dieses sind wir angewiesen, wir möchten ihm einen guten Start ermöglichen.

Unser nächstes Projekt ist die Überdachung von Rad- oder Fußwegen mit Photovoltaik. Ja, man mag da viele Fragen haben, aber man muss auch mal mutig und innovativ sein. 30 000 EUR stellen wir den Stadtwerken jetzt zur Verfügung für erste Planungen und Berechnungen. Wir hoffen, dass ein solcher Solardachweg ein sinnvoller Beitrag zur Lösung der Flächenkonkurrenz wird.

Zum Schluss noch zu den Themen Bauen und Wohnen:

Es lagen dazu verschiedene Anträge vor, wir haben uns auf Folgendes geeinigt, hinter dem wir voll und ganz stehen:

1 Million für die Eigenkapitalerhöhung der GWG.

1 Million für den kommunalen Wohnungsbau der Stadt Tübingen, um kurzfristig die sehr günstigen Förderbedingungen des Landes für die Kommunen auszunutzen.

1 Million zur Unterstützung der Handlungsfähigkeit gemeinwohlorientierter Akteure.

Und ... die Namensänderung des 1000-Bäume-Programms, für das uns das Copyright zugeschrieben wird, haben wir uns mit 100 000 EUR zusätzlichen Mitteln abkaufen lassen. Das Geld kommt in einen anderen Topf mit dem Beschrieb „Aufwertung städtischer Grünanlagen und Parks und zusätzliche Bäume“.

Insgesamt haben wir damit den Ergebnishaushalt um ca. 1,500 000 EUR verschlechtert und den Investitionshaushalt um weitere 4,300 000 EUR belastet. Auf Vorschlag verschiedener Fraktionen haben wir eine Ansatzkorrektur bei der Gewerbesteuer über 2,500 000 EUR vorgenommen. Wir gehen davon aus, dass der HH damit genehmigungsfähig ist.

Wir freuen uns, dass wir gemeinsam mit allen Fraktionen diesen HH verabschieden. Wir glauben, dass er eine gute Grundlage für eine gedeihliche Zusammenarbeit liefert.

Vielen Dank